

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

291 (15.12.1925)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugpreis: halbjährlich 1.15 M. mit 1 M. ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Samstags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonials. 22 P., auswärts u. Kollektivans. 28 P., Reklame 1 M. Annahmefrist 8 Uhr vorm.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Poststr. 24. Fernsprecher: mann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpllin; für die Redaktion verantwortlich: Herrmann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag: der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

### Dr. Koch übernimmt die Regierungsbildung

Berlin, 14. Des. (Eig. Bericht.) Endlich sind wir soweit: Es ist eine Persönlichkeit mit der Bildung des Kabinetts beauftragt worden, der demokratische Führer Koch, der den Auftrag des Reichspräsidenten annahm, nachdem der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Fehrenbach, ihn abgelehnt hatte. — Herr Koch hat sich gleich an die Arbeit gemacht und bereits am Montag Besprechungen mit den Fraktionsführern der Volkspartei und der Sozialdemokratie gepflogen. Ein Ergebnis ist freilich, wie nicht anders zu erwarten war, bisher nicht erzielt worden. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei bemüht sich natürlich um das Zustandekommen der Großen Koalition. Scheitert er mit diesem Vorhaben, dann eine andere Kombination kommt für ihn nicht in Frage.

An sich ist Herr Koch, wenn überhaupt die Große Koalition ernstlich ins Auge gefaßt wird, zweifellos geeignet, als etwa Herr Luther wäre. Für die Sozialdemokratie steht zunächst die laßliche Frage im Vordergrund und sie verhandelt auf der Grundlage, des von ihr formulierten Programms, ganz gleichgültig, von welcher Seite man an sie herantritt.

Am Donnerstag soll nun unter dem Vorsitz des Herrn Koch eine Konferenz der Vertreter der Fraktionen, die für die Große Koalition in Frage kommen, stattfinden. — Wie man hört, beschäftigt der vorläufige Kandidat auch feinerseits eine Art von Programm in Vorstudie zu bringen. Wie dem auch sei, die Sozialdemokratie hat ihre Reife formuliert und offen bekanntgegeben. Jetzt ist es zunächst Sache der Anderen, eine Antwort zu geben und uns zu sagen, wie sie zu dem Programm stehen, das wir, als unbedingt erforderlich bezeichnet haben.

Die Wahrscheinlichkeit einer Einigung ist angesichts der mutmaßlichen Haltung der Volkspartei sehr gering und man ist deswegen in der Umgebung des Reichspräsidenten recht skeptisch. Gehen die Dinge nicht so, wie man jetzt noch erwarten möchte, so ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen Dr. Luther an die Stelle Kochs treten wird, um sein Glück auf einer anderen Basis als der Großen Koalition zu versuchen. — Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigungen hat am Montag beschlossen, jede Regierung zu unterstützen, in deren Programm die Unterstützung des werktätigen Mittelstandes Berücksichtigung findet. Eine Beteiligung an der Regierung kommt für die Wirtschaftliche Vereinigung nicht in Betracht.

Berlin, 15. Des. (Eig. Runddienst.) Die interfraktionellen Besprechungen der für die Große Koalition in Frage kommenden Parteien beginnen wahrscheinlich heute gegen Mittag. Inzwischen hat sich die Volkspartei in einer Fraktionsitzung nochmals mit der Frage der Regierungsbildung beschäftigt und nach den in der Öffentlichkeit vorliegenden Nachrichten nicht mehr beschlossen, als bisher zum Beschluß erhoben worden war: sie ist mit dem Vorgehen ihres Fraktionsvorsitzenden einverstanden. Die Volkspartei als Fraktion deckt also in erster Linie die Taktik des Herrn Koch, der wie eine Kacke um den heißen Brei um das Arbeitsprogramm der Sozialdemokratie herumgibt, ohne sich bisher auch nur im geringsten konkret zu äußern. Die heutigen interfraktionellen Verhandlungen dürften deshalb von der Sozialdemokratie in erster Linie dazu benutzt werden, endlich von der Volkspartei Klarheit zu verlangen.

Das Zentrum scheint die Herren Volksparteiler durch Fehrenbach noch am Montag abend darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß ihre Wunschkandidat auf die Dauer unerträglich ist. U. a. erklärte Fehrenbach dem Abgeordneten Scholz, daß die Zentrumsfraktion die Bildung der Großen Koalition für eine dringende Notwendigkeit hält und daß das Zentrum sich deshalb an keiner anderen Regierung beteiligen wird. Die „Germania“ unterstreicht diese Auffassung in ihrer heutigen Morgenausgabe und einer Polemik gegen die „Kölnische Zeitung“, die am Sonntag scheinbar für die Volkspartei Kipp und Kar den Wunsch nach dem Begründnis der Großen Koalition zum Ausdruck gebracht hat.

Wenn auch eine Einigung über das Arbeitsprogramm einer Regierung der Großen Koalition noch nicht erfolgt ist, und aufgrund der Haltung der Volkspartei wahrscheinlich nie zustande kommen wird, werden für eine Regierung Koch trotzdem bereits bestimmte Namen als Minister genannt. Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einem „Kabinett der Reichskanzler“, dessen wesentliche Vertreter von ehemaligen Reichskanzlern besetzt werden sollen. So heißt es, daß Hermann Müller das Amt des Reichspräsidenten übernehmen soll und Dr. Köster, der gegenwärtige deutsche Gesandte in Lettland, für das Innenministerium in Aussicht genommen ist. Es ist richtig, daß Dr. Koch persönlich den Wunsch nach Schaffung eines Viselanzleramtes hat, das der Sozialdemokratie angeboten werden soll. Aber solange über ein laßliches Programm keine Einigung erzielt ist, erscheint es uns überflüssig, uns über persönliche Dinge zu unterhalten, die morgen bereits Luft sein können. Lediglich ist Luther in dem neuen Kabinett als Wirtschaftsminister gedacht, das bisherige Ernährungsministerium soll dann in das Reichswirtschaftsministerium aufgehen.

### Die feierliche Uebergabe des Locarnoer Vertragswertes an den Völkerbund

Genf, 14. Des. Im Laufe der heutigen Eröffnungsfeier des Völkerbundes übergab Chamberlain dem Völkerbund den Locarnoer Vertrag in feierlicher Form die in Locarno unterzeichneten Originale des Vertragswertes von Locarno, nämlich den Westpakt, die beiden Schiedsverträge Deutschlands mit Frankreich bzw. Belgien, die beiden Schiedsverträge Deutschlands mit der Tschechoslowakei bzw. Polen, und das Schlussprotokoll. Die eindrucksvolle Handlung wurde durch kurze Ansprachen Chamberlains und Paul Boncour's erdholt. — Beide Redner wiesen auf die hohe Bedeutung dieser Stunde hin. Chamberlain betonte, daß damit die interessierten Staaten in eine neue Phase ihrer Beziehungen eintraten und durch ihre gegenseitige Garantie des Friedens untereinander den Frieden der Welt festigten. Mit Genugtuung sehe er den Zeitpunkt nahen, an dem auch Deutschland sich dem Völkerbund anschließen werde. Paul Boncour verlas ein Telegramm des französischen Ministerpräsidenten Briand, in dem dieser erklärt, daß Frankreich stolz sei, seine Unterzeichnung der Verträge nicht zu haben. Er sehe in der wachsenden Autorität des Völkerbundes die beste Garantie gegen den Krieg und er hoffe, Deutschland bald im Völkerbund zu sehen. Boncour dankte Briand für seine Verdienste um das Zustandekommen des Vertragswertes von Locarno, das, wie er hinzufügte, die Anwendung der Grundzüge und Bestimmungen des Völkerbundpaktes bedeute. Den Erklärungen des englischen und französischen Völkervertrags folgten kurze Ansprachen der anderen Nationalitäten, die von dem zahlreich erschienenen Publikum unter feierlicher Stille und mit lebhafter Aufmerksamkeit entgegengenommen wurden.

### Ein neuer Fememord?

Berlin, 15. Des. (Eig. Runddienst.) Im sozialwissenschaftlichen Klub in Berlin sprach am Montag abend vor einem geladenen Kreis der Mutter der aufsehenerregenden „Weltbühnenrevue“ über die Fememorde. Er teilte bei dieser Gelegenheit einen neuen Fall mit, von dem anzunehmen ist, daß auch hier ein Fememord vorliegt. Es handelt sich um einen 23jährigen Bader aus Frankfurt a. O. namens Legener, der auf Veranlassung eines Leutnants Weiß-Ramms und eines Oberleutnants Putzinski in die schwarze Reichswehr eintrat. Seit Februar 1923 ist Legener für zwei Jahre eingekerkert. Seine Mutter wurde erklärt, er sei unter dem Verdacht einer Munitionshandlung schuldig geworden und wird schließlich gefaßt. Als später die Mitteilungen von den Fememorden durch die Öffentlichkeit gingen, wurde die Mutter inhaftiert. Es wurden dann private Ermittlungen angeleitet. Das Verhörkommando in Vierobog erklärte, man könne sich der Sache nicht mehr erinnern, glaube aber, daß Legener zum Arbeitskommando des Wehrtriefes 3, also zu dem bekannten Oberleutnant Schulz geschickt worden sei. Andere Ermittlungen ergaben, daß von Kührin aus eine Mitteilung auf das Gut Belschen eines Grafen Dohna in der Nähe von Meiseritz im Februar 1923 gelangt wurde. Es ist jedoch vorerst nicht erwiesen, ob Legener zu dieser Abteilung gehörte. Festgestellt werden konnte aber inswischen, daß ein Unteroffizier Brauer damals erzählt hat, in Belschen seien „schlimme Dinge“ passiert. Einer der mit den Fememorden befaßten Untersuchungsrichter soll, als ihm der Fall mitgeteilt habe, (1) Der Schwere des Legener wurde, als sie sich um die Klärung der Angelegenheit bemühte, von einer unbekannten Seite gedroht, sie solle mit den Nachforschungen nach dem Bruder, dem es „autaeche“, aufhören. Es dürfte jetzt Sache der Polizei sein, auf diesen Enthüllungen Stellung zu nehmen und zu erklären, wie weit der Fall Legener bereits geklärt ist.

### Gegen die Millionenabfindung der Fürstenhäuser

Berlin, 14. Des. Die Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner stellt folgende Forderungen auf, die den Reichstags- und Landtagsfraktionen der Zentrumspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Kommunistischen Partei und den Fraktionen des Reichstags und Landtags zur Verfügung gestellt worden sind:

Die Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner unterstützt das Vorgehen derjenigen Parteien, die den ungeheuerlichen Forderungen der ehemaligen Fürstenhäuser einen Damm entgegenzusetzen wollen. Sie erwartet, daß die notwendigen Schritte zur Verhütung der Ausräuberung eines durch Krieg und Inflation verarmten Volkes mit Tatkraft durchgeführt werden und daß die Deutsche Republik auch hier einen Strich unter die Vergangenheit setzt. Es kommt jedoch nicht nur darauf an, den ehemaligen Fürsten weniger zu gewähren, als sie verlangen. Vielmehr ist hier den deutschen Ländern Gelegenheit zu einer wahrhaft sozialen Tat gegeben. Die Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner schlägt vor, daß alle Vermögenswerte, die durch das zu erwartende Reichsrecht den Ländern erhalten bleiben, nicht fiskalisiert, sondern zu Siedlungszwecken für die Opfer des Krieges verwendet werden. Alle Schloßer und Parks sollten den unbemittelten kriegenden Familien zur Erholung und Genesung überlassen werden. Alle weiteren Ersparnisse und alle Ueberhälle aus den nicht leistungsfähigen Forsten sollen im Etat besonders erscheinen und für soziale und kulturelle Zwecke Verwendung finden.

### Erwerbslosenfürsorge

Von S. Aufhäuser, M. d. R.

In den zurückliegenden periodisch auftretenden Krisen des Kapitalismus hatte die soziale Arbeitslosenunterstützung nie eine so entscheidende Bedeutung, wie in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, die in Deutschland durch die reaktionäre Wirtschaftspolitik der Agrarier und Schwerindustriellen und der von ihnen getragenen Reichsregierung eine besondere Verschärfung erfahren hat. Auf dem Weltmarkt zeigt sich heute, wie gewaltig der Produktionsapparat aller Länder in und nach dem Kriege erweitert worden ist, während den verelendeten Volksmassen die nötige Kaufkraft fehlt, um einen der gesteigerten Produktionskraft der Welt entsprechenden Absatz zu ermöglichen. Innerhalb Deutschlands haben die Deutschnationalen dafür gesorgt, daß durch Zoll- und Kartellwucher und volksfeindliche Steuerpolitik die Konsumfähigkeit der breiten Massen noch weiter geschwächt, der Inlandsabsatz auf ein Minimum vermindert worden ist. Auch eine Rationalisierung der Betriebe, d. h. verspätete technische und organisatorische Umstellung, können heute nicht mehr helfen, wenn nicht rechtzeitig Produktionskraft und Aufnahmefähigkeit des Marktes wieder in Einklang gebracht werden. Im Mittelpunkt aller Diskussion über die Wege zur Entspannung der heutigen Krise steht daher die Absatzfrage, d. h. Steigerung der Kaufkraft der Arbeiterklasse.

Geht es nach dem Willen der organisierten Industrie, so werden die Massenentlassungen neuen Lohndruck erzeugen und so bei schwindendem Absatz die Wirtschaft noch weiter erschüttern. Umgekehrt bedeutet Festhalten und Steigerung der Löhne durch eine konsequente Gewerkschaftspolitik heute nicht nur Hilfe für die Arbeiter, sondern auch allmähliche Entspannung der Krise. Ausreichende und hohe Löhne werden auch die rückständigen Unternehmer zwingen, die Verminderung der Produktionskosten nicht durch Ersparnisse an den arbeitenden Menschen, sondern durch Verbesserung ihrer technischen und organisatorischen Einrichtungen zu erzielen. Steigerung der Löhne allein kann auch allmählich wieder ein Gleichgewicht zwischen Produktionskapazität und Absatzmöglichkeit herstellen. Die Erhöhung der deutschen Lohnsumme verstärkt in den Beiträgen die Geldmittel für die Arbeitslosenunterstützung. Die denkenden Arbeiter und Angestellten werden auch sicher Verständnis dafür haben, die lohnbrückende Tendenz, die einem wachsenden Arbeitslosenheer innewohnt, zu vermeiden, indem die in Arbeit befindlichen Belegschaften durch ihre Beitragsleistungen die erwerbslosen Kollegen über die Krise hinweg ermahnen helfen. Die soziale Hilfe für die Arbeitslosen ist heute ein wichtiger Bestandteil der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, zünftig Solidarität der Arbeitenden und der Arbeitslosen ist ein Gebot der Stunde.

Die Arbeitslosenunterstützung muß ausreichend sein, um die notwendige Lohnentwältung nicht zu hindern und um bei weiterem Anwachsen der Arbeitslosenziffern den Konium nicht noch mehr herabzudrücken. Die Sozialdemokratie hat aus dieser Erkenntnis heraus in den letzten Wochen in allen politischen Situationen ihr sozialpolitisches Erwerbslosenprogramm in den Vordergrund gestellt. Die unter dem Diktat des Reichsanzlers Dr. Luther beschlossene Erhöhung der Unterstützungssätze von 20 Prozent für die Hauptunterstützungsempfänger, 10 Prozent Erhöhung der Familienzuschläge und 10 Prozent Erhöhung der Spitzenträge ist völlig unzulänglich. Die Bereitstellung von ganzen 5 Millionen Reichsmark zu Sonderhilfen für hunderttausende von Ausgesteuerten ist ein Spott auf diese verelendeten Existenzen. Die formellen Einwände der gegenwärtigen geschäftsführenden Reichsregierung, daß sie gegenüber einer kommenden neuen Regierung weitergehende finanzielle Verpflichtungen nicht übernehmen könne, sind faule Ausreden. Wenn hunderte tausende von Volksgenossen hart an der Grenze des Hungers stehen, übernimmt auch ein geschäftsführendes Kabinett, das ausreichende Existenzmittel abliehnt, eine weit größere Verantwortung, als in der Zustimmung zu höheren Unterstützungsätzen. Diese staatsrechtlichen Formalien hätte man ja sehr einfach überwinden können, wenn die Rechtsparteien des Reichstages mit den übrigen zulassen die Verpflichtung übernommen hätten, in jedem Fall für finanzielle Deckung der Erwerbslosenausgaben zu sorgen. Der Reichsanzler Luther hat sich aber zum Volkreder des antisozialen Scharfmacheriums ernannt und so den Rechtsparteien ihr Gegenerkennung gegen eine ausreichende Erwerbslosenunterstützung offen zeigen zu müssen. Die Sozialdemokratie hat angekündigt, daß sie nach diesem Ergebnis den Kampf für eine Reform der Erwerbslosenfürsorge und der beschleunigten Schaffung einer Arbeitslosenversicherung sofort wieder neu aufnehmen wird.



Es ist unhaltbar, daß die Kurzarbeiterunterstützung diesmal völlig unerledigt geblieben ist und Herr Luther nicht einmal die von den bürgerlichen Parteien dazu gestellten Anträge durchzuführen bereit war. Die in der Verordnung noch bestehende zeitliche Begrenzung für die Auszahlung der Unterstützung fallen, ebenso die sonstigen einschränkenden Bestimmungen, um auch die ausgesteuerten und ausgeschalteten Erwerbslosen mit einzubeziehen. Die vom Arbeitsminister nach langem Zögern endlich angekündigte Einbeziehung der nicht-frankenversicherungspflichtigen Angehörigen ist mit aller Beschleunigung durchzuführen.

Die Lösung des Erwerbslosenproblems und damit die sozialpolitische Neuorientierung überhaupt, sind die dringlichste Voraussetzung für jede Entspannung der Wirtschaftskrise. Die Erfüllung der sozialdemokratischen Anträge ist in diesen Tagen für jede Reichsregierung eine Staatsnotwendigkeit.

## Deutscher Reichstag

### Beratung über die Beamtenbesoldung

Berlin, 14. Dez. (Eig. Bericht.) Am Montag war der Sitz des Reichstages im Reichstagsaal reich mit Blumen geschmückt. Präsident Lohbe feierte seinen 50. Geburtstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach das Wort. Er, der frühere Präsident der Nationalversammlung, feierte in kurzen, aber für Lohbe außerordentlich ehrenvoller Weise den heutigen Reichstagspräsidenten. Lohbe dankte mit einigen Worten und erwiderte, daß er in dem nächsten Jahrzehnt nachzubohlen gedenke, was jetzt zu viel an ihm erfüllt worden sei.

Dann trat das Haus in die Beratung der Besoldungsaufbesserung für die Reichsbeamten ein. Der deutsche völksparteiliche Abgeordnete Morath empfahl als Berichterstatter des Ausschusses die Ablehnung der sozialdemokratischen, kommunistischen und völkischen Anträge. Er hat, eine Entschiedenheit auszusprechen, die die Reichsregierung ersucht, den allgemeinen Leutenungsbescheid in Gruppe 1-4 von 12 1/2 auf 20 v. S., für Gruppe 5-6 von 12 1/2 auf 20 v. S. zu erhöhen. Sofort ergreift der Reichstagspräsident Dr. Luther das Wort, um sich gegen diesen Antrag zu wehren. Er sieht anscheinend seine Aufgabe als einflussreicher geschäftsführender Kanzler im wesentlichen darin, die Ausgaben für soziale Zwecke möglichst nach unten zu drücken. Der Reichstagspräsident empfahl die Annahme eines Antrages der bayerischen Volkspartei. Dieser Antrag will als einmalige Beihilfe für Gruppe 1-4 einen Betrag in Höhe von 1/4, für Gruppe 5-6 in Höhe von 1/3 des Monatsbesoldungsbetrags, mindestens sollen aber erhalten die Beamten 30 M., die Verheirateten 55 M., die Empfänger von Kinderzulagen außerdem für jedes Kind 5 M., die Kriegesbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sollen 1/2 der ihnen für Dezember zustehenden Bezüge erhalten.

Gegen diesen Antrag wendete sich der sozialdemokratische Abg. Bender. Er schilderte die Notlage der Beamten und behauptet, daß die bürgerlichen Parteien nicht im Frühjahr den sozialdemokratischen Anträgen auf Neuregelung der Beamtenbesoldung zustimmen. Die Behauptung der Reichsregierung, daß die nötigen Mittel für eine Aufbesserung der Beamtengehälter fehlen, sei unzutreffend. Das Reichsfinanzministerium habe irreführende Zahlen über die Aufwendungen für Beamtengehälter verbreitet. Der Redner bezeichnet den Antrag des Hauptausschusses als unzureichend, da aber angesichts des Widerstandes der Regierung nicht mehr zu erreichen sei, werde die Sozialdemokratie diesen Antrag annehmen.

Der demissionäre Abgeordnete Kamerenz rühmte den bisherigen Reichsfinanzminister von Schlieben und machte das parlamentarische System für die unzulängliche Lösung der Beamtenfrage verantwortlich. Gemeinverständlich mit der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung fordern die Demissionäre eine Beihilfe auch für die höheren Beamten. Im gleichen Sinne sprach der deutschvölkische Abgeordnete Morath, der es als ein Gebot der gewerkschaftlichen Solidarität bezeichnet, daß die unteren Gehaltsgruppen auch für Beihilfen an die oberen Gehaltsgruppen eintreten. Der Zentrumsabgeordnete Erfina sprach für den Ausschussantrag. Er sagte, eine volle Beibehaltung der Beamtengehälter würde nicht möglich sein, solange 90 v. S. der deutschen Bevölkerung sich in schlechterer wirtschaftlicher Lage als vor dem Kriege befindet.

Nach einer heftigen Rede des kommunistischen Abgeordneten Torgler wurden die Beratungen auf Dienstag vertagt.

Berlin, 14. Dez. (Eig. Meldung.) Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Dem Reichstag ist alsbald eine Denkschrift mit einer erschöpfenden Uebersicht über die s. Bt. laufenden Pensionen und Wartegelder sämtlicher Reichsbeamten, Reichsminister, Staatssekretäre und Generale aller Grade a. D. und im einstweiligen Ruhestand vorzulegen. Aus der Uebersicht soll insbesondere die Höhe der Pensionen und Wartegelder und die Art der zu Grunde gelegten Dienstzeiten ersichtlich sein.

### Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Berlin, 14. Dez. Die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung bedarf noch der Verhandlung mit dem Reichsrat. Diese Verhandlung ist mit der größten Beschleunigung angelegt worden, so daß es möglich sein wird, die Erhöhung bereits mit dem 21. Dezember in Kraft treten und noch vor Weihnachten den Erwerbslosen zu Gute kommen zu lassen. Die gewünschte Erhöhung vom 15. Dezember 1925 ab war begrifflicherweise nicht möglich, da bis zu diesem Termin die Verhandlungen mit dem Reichsrat sich nicht bewerkstelligen ließen.

Berlin, 14. Dez. (Eigene Meldung.) Der Reichsrat nahm am Montag die Ausführungsvorschriften zur Unterstützung an Gewerbetreibende, Anstellte und Arbeiter im Tabakgewerbe. Soweit diese durch die Erhöhung der Tabaksteuer erwerbslos werden, müssen sie nach dem Beschluß des Reichstages besonders unterstützt werden. — Nach dem Beschluß des Reichsrats sollen den Gemeinden die Aufwendungen zu 80 Prozent zurückerstattet werden.

### Ehrung Lohbes

Berlin, 14. Dez. Der Vorstand des Reichstages erschien heute unter Führung des Vizepräsidenten Dr. Riecher in der Kapelle beim Reichstagspräsidenten Lohbe, um ihm zu seinem 50. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen.

Dr. Riecher überbrachte dem Präsidenten eine prächtige Blumenpende. Geheimrat Gallie, der Direktor beim Reichstag, übermittelte die Glückwünsche des Personals der Reichstagsverwaltung.

Wie die Blätter erfahren, hat Reichsminister Dr. Luther heute mittags dem Reichstagspräsidenten Lohbe einen Besuch abgestattet und ihm zur Vollendung des 50. Geburtstages die herzlichsten Glückwünsche der Reichsregierung ausgesprochen. Staatssekretär Dr. Riecher hat im Auftrag des Reichspräsidenten v. Hindenburg dessen herzlichsten Glückwünsche dem Reichstagspräsidenten überbracht.

## Die Dolchstoßflüge

### Eine gute Widerlegung durch Payer

Der republikanische Reichsbund veranstaltete am Sonntag in Frankfurt a. M. eine Kundgebung gegen die Dolchstoßflüge. Der frühere Reichsminister v. Payer, der persönlich nicht erscheinen konnte, ließ seine Auffassung zum Thema schriftlich übermitteln. In seinem Brief heißt es:

„Weshalb in Wirklichkeit der Krieg für uns verloren ging, kann man in wenigen Sätzen sagen: Weil unsere Vorkämpfer trotz ihrer Siege nicht verhindern konnten, daß an den wichtigsten Fronten der Bewegungstriebe in den Stellungen der Fronten, Kriegsgeschütz, Material und Nahrungsmitteln entschieden wurde; weil unsere Feinde weit zahlreicher waren, als wir, samt unseren Bundesgenossen und weil ihnen die Vorräte und Hilfsmittel der ganzen Welt zur Verfügung standen, uns aber nichts; weil unsere Bataillone an Zahl und Umfang immer mehr zusammenschrumpften und unsere Reserve verschwand, während die Amerikaner Monat für Monat mehr als 250 000 Mann frische Truppen an die Front warfen; weil der persiflierte U-Bootkrieg nicht wie versprochen zum Ziele führte; weil wir den abenteuerlichen Sturmwagen unserer Generäle nicht als Mittel an Mannschaften nicht mehr die zum Ausruhen nötige Kampfpause gewähren konnten; weil während unserer Ernährungs an der Front und zu Hause ungenügend war; weil unsere Bundesgenossen einer nach dem anderen zusammenbrachen; weil Entschädigungen und der ständige Verlust an Menschenleben die Befürchtung weiterer Opfer und die immer wachsende Besorgnis vor einem unglücklichen Ausgang des Krieges nach 4 Jahren das deutsche Volk zu sehr entmutigten mußte; weil der Unterschied zwischen den von den Soldaten und den Offizieren in der Stille zu bringenden Opfer immer fühlbarer wurde; weil man eine solche Stimmung nicht weiterkommandieren konnte, weil daraus eine große Friedenssehnsucht wachsen mußte, wogegen die Eroberungssehnsucht gerade der größten deutschen Donau die Verteidigungssehnsucht unmöglich machte; weil die Konventionen mit der Obersten Heeresleitung die von der Krone und der Regierung feierlich ausgesetzte Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts schimpflich zu vereiteln suchten, und weil zum Schluß die Oberste Heeresleitung durch ihr überstimmtes der Reichsleitung abgerungenes Erlauchen um Waffenstillstand und Frieden vor Feind und Freund das unüberwindliche Gefährnis ablegte, daß wir militärisch mit unserer Kraft zu Ende seien.“

Diese unbestreitbaren Tatsachen haben zu unserem Zusammenbruch in allen amtlichen Auseinandersetzungen niemand daran gedacht, einer selbstbewußten auf die Zerkümmern der deutschen Wehrmacht gerichteten Agitation der Heimat die Schuld an der Katastrophe zuzuschreiben. Er hätte sich damals auch nur lächerlich gemacht. Erst viel später kam zur Deutung der wirklichen Schuld diese Fabel auf und fand aus parteipolitischen Gründen nur zu geneigte kritische Gläubige. Sie hatte kurze Beine, heute schon ist sie in ihren wichtigsten Teilen selbst von ihren eifrigsten Verächtern in aller Form preisgegeben.“

## Die Großmut Schieles

Der frühere Reichsminister des Innern gesteht endlich selbst ein, daß die von ihm seit Ende Oktober bezogene Pension ein großer Skandal bedeutet. Er hat nicht dem eigenen Triebe, sondern dem Druck der republikanischen Öffentlichkeit folgend jetzt an das Reichsministerium des Innern folgenden Brief geschrieben:

„Auf das gefl. Schreiben vom 29. Oktober, betr. die Festsetzung meiner Ministerpension beziehe ich mich, folgendes zu erklären: Ohne jedes Zutun von meiner Seite ist mir von Amts wegen ein Ruhegehalt zuerkannt worden. Wenn diese Zuwendung auch der gegenwärtigen Verfassung entspricht und daher für mich einen klaren Anspruch darstellt, so habe ich doch niemals verlangt und bei den verschiedensten Anlässen zum Ausdruck gebracht, daß die Vorschriften des Reichsbeamtengesetzes über die Ministerpension nicht mehr zeitgemäß sind und einer Veränderung bedürfen. Ich lege Wert darauf, als pensionierter Minister schon jetzt nicht günstiger behandelt zu werden, als dies nach dem zukünftigen Ministerpensionsgesetz der Fall wäre. In Erwartung eines solchen Gesetzes werde ich deshalb, da ein Verzicht auf das Pensionenrecht staatsrechtlich unwirksam bleibt, die mir zustehenden Pensionenraten der diesjährigen Dreimonatsfrist der Kriegesblinden zur Verfügung stellen und dem Versorgungsamt einen entsprechenden Ueberweisungsauftrag ausgeben lassen.“

Herr Schiele gesteht also zu, daß „ohne Zutun von seiner Seite“ eine böse Schiebung mit seiner „Militärdienstzeit“ gemacht wurde, um ihm ein jährlich unberechtigtes Ruhegehalt zuzuteilen. Selbstverständlich ist durch diese Erklärung der „Fall Schiele“ nicht aus der Welt geschafft. Schiele bleibt der Öffentlichkeit noch aufzuklären über die „Spezialisierung“ seiner Beamten und die „aktive Staatsdienstzeit“ als „aktiver Staatsdienst“ und der Feldwebelposition im Gefangenenlager von Wittenberg als „Frontdienstzeit“ gemertet werden kann? Alle schönen Gesten wie die Ueberweisung seines Ruhegehalts an Kriegesblinde und so fort vermögen die Taisege nicht aus der Welt zu schaffen, daß Herr Schiele den Skandal einer derartigen „Ministerabfindung“ seit Ende Oktober stillschweigend geduldet hat und erst durch den Alarm der republikanischen Presse zu seinem Verzicht gezwungen wurde. Geld rächt nicht, das sagt sich eben dieser demissionäre Minister, und wäre auch von der Republik!

## Randglossen

Oberstleutnant Ahlemann, der in dem neuesten Femealmordprozess schwerbeschädigte ehemalige völkische Reichstagsabgeordnete, ist in Konflikt mit seinem ehemaligen Kommandierenden General von Francois geraten. Schuld an der Kontroverse ist nach der Auffassung der „Kreuzzeitung“ die völkische Politik und die verdammte Republik. General von Francois hat seinen Gegner, wie das so üblich ist, vor die Wägen geladen, während Herr Ahlemann es vorzog, das freundliche Anerkennen mit der Begründung abzulehnen, er schlage sich nicht mit Francois, der sich öffentlich zu den 27 bürgerlichen Generälen bekannt habe, welche die „Ständegemeinschaft“ mit General Ludendorff gelöst hätten.

Allo: der völkische und der vaterländische Offizier sprechen sich gegenwärtig die Ehre ab und die „Kreuzzeitung“ konstatiert voller Trauer: „Nach dem gehört zur Veranschaulichung des neuen völkischen Bildes, daß ein Offizier der alten Armee seinem ehemaligen kommandierenden General die Satisfaktionsfähigkeitsbescheinigung auf das Wort: „Für was wird doch die arme Republik nicht alles veranwortlich gemacht! Der Geist der Ferkelung hat selbst die alten Offiziere erlöst und ein völkischer Oberstleutnant schließt sich nicht mehr mit seinem kommandierenden General!“

Herr Colmann, der sich durch das Urteil des Münchener Amtsgerichts die Prosekution hat beschaffen lassen, ist zu allen Zeiten ein guter Geschäftsmann gewesen. Er versucht er durch die einseitige Ankündigung des im Buchhändler-Berlinerblatt ansezierten „völkischen Reichs“ seines Dolchstoßprozesses, noch ein gutes buchhändlerisches „Weihnachtsgeschäft“ zu machen. Dazu benötigt er aber nicht etwa die gewiß reichlich gefärbten Renegatenschriften, die ihm irgend ein Strubbin fabriziert. „Stimmungsbilder“, die ihm irgend ein Strubbin fabriziert. Aus diesen Bildern baut sich dann der „völkische Reichsbericht“ auf. Das ist sogar für den ultranationalistischen Geschichtswissenschaftler der Münchener Universität, Dr. R. v. Willebrand zu stark Tabak gemessen, und er hat es vorzuziehen, trotz der vom völkischen Reichsbericht des Herausgebers innerhalb dieser Seite von Kriegsgeschichtsforschung auf das Wort zu verzichten. Die Rede ist schamlos und wird sich fühlbar auswirken — für Colmanns „Weihnachtsgeschäft“!

Der rote Klemmerladen scheint dem Stahlhelm und dem Wehrwolf noch immer Konträren zu machen! Wie die Tageszeitungen aus Moskau berichten, hat das Präsidium des Zentralkomitees des Sowjetbundes dem neuen Kriegsminister Woroschilow den Orden „Der roten Fahne“ zum dritten Male verliehen, mit dem er vor seiner Ernennung schon zweimal dekoriert worden ist. Wilschelm begnügt sich im allgemeinen mit einer einmaligen Ordensauszeichnung an einen Kommandierenden General. In Moskau aber macht man dreimal die Probe!

Bei der Abfindung der Hohenzollern sind sicherlich nicht die Summen abgewertet worden, welche dem preussischen Volk die Launen der Hohenzollern gekostet haben. Eine solche Laune war die Beschlebung des Einzugs der deutschen Truppen nach Abschluß des Friedensvertrages von Frankfurt a. M. im Mai 1871 — weil die Kaiserin erst im Juni ihre Kur in Baden-Baden abmachen wollte. Bismarck war sich mit dem selbsten Minister darin einig, daß der Wunsch der Kaiserin nach Baden-Baden auszuführen sei und dem Staat ungeheure Wehrkosten auszubringen. Aber Wilschelm, wie es die sich, zu dieser Selbstverständlichkeit seine Zustimmung zu geben. So warteten die deutschen Truppen in Kriegesstärke einen vollen Monat im Aufmarschgebiet mit Gewehr bei Fuß, bis es der Kaiserin gefiel, ihrer Kur ein Ende zu machen. Warum werden die Kosten dieser um vier Wochen verlängerten Mobilisation der Hohenzollern nicht aufgerechnet?

Ein Gegenstück zur Denkschrift des Generals v. Armin gab am vergangenen Montag der Stahlhelmpastor von Baunzen namens Berg. Er hatte den in Baunzen seit sieben Jahren als Privatperson seine Pension beziehenden Generalmajor a. D. Straube in Anwesenheit sämtlicher Militärvereine, monarchistischer und Stahlhelmsverbände, sowie der Baunzener Reichswehrorganisation feierlich beerdigt. Dabei führte er u. a. die Worte: „Der bitterste Schmerz meines Lebens war der, als unser blanke Ehrenschilde beschmutzt. Er hat der neuen Zeit keine Konzession gemacht und ist nicht unter der schwandenden Gestalten angefallen.“ Der Stahlhelm-Pastor von Baunzen erfreut sich also, die zu seiner Trauerrede dienlich kommenden vierter Offiziere der Wehrmacht als „schwandende Gestalten“ und das deutsche Volk als eine Nation zu beschimpfen, die „das blanke Ehrenschilde des tapfersten Heeres der ganzen Welt beschmutzt“ habe. Willst du dich dem Gelehr durch den Standortältesten von Baunzen mit dem Stahlhelm-Pastor noch zur Rücksprache nehmen, Wilschelm?

## Fehmordprozess Grütze-Lehder

### Das Urteil

Berlin, 12. Dez. Die Beweisannahme war unerheblich und bereits nachmittags kam der Staatsanwalt zu seinem Plädoyer zu Wort. Das Schöffengericht verurteilte nach etwa einstündiger Beratung Robert Grütze-Lehder wegen Mordes auf Grund des Jugendgerichtsbeschlusses zu 8 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr der Untersuchungsfrist. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: „Das Gericht ist nicht im Zweifel, daß sich der Angeklagte der Tragweite seiner Tat bewußt war, denn er ist über das Maß seiner Durchgriffen altersgenossen hinaus entwickelt. Bedenken nach der rechtlichen Seite hin wegen der Auslieferung hatte das Gericht nicht. Der Gerichtshof war nicht genötigt, die Frage der Auslieferung nochmals zu prüfen. Es gibt in unserem Recht nur Mord und keinen politischen Mord. Wenn der Auslieferungsgesetz übersezt ist, daß ein politisches Verbrechen nicht vorliegt, dann ist die Auslieferung bewirkt. Das Gericht betrachtet die Verhältnisse, unter denen die Tat verübt wurde, als kaum mildern und berücksichtigen außerdem aber auch, daß dem Angeklagten nicht zu übersehen ist, daß er subjektiv der Ueberzeugung war, daß hinter seiner Tat keine Partei bildend stehe. Der Angeklagte hat eine Erklärung, ob er die Strafe annehmen wird, noch nicht abgegeben.“

Berlin, 14. Dez. (Eig. Meldung.) Amstich wird mitgeteilt: In dem Prozess gegen den megen Mords zu 8 Jahren Gefängnis verurteilten Grütze-Lehder, hat der Angeklagte Angaben über angebliche Mordkomplott gegen den Minister gemacht, und außerdem über angebliche Ueberzeugungen, die der Abgeordnete Waffe gemacht haben soll. Die Staatsanwaltschaft hat sich bereits mit der Prüfung der Sache befaßt und wird auch die Frage prüfen, ob die Sache dem Obersten Reichsanwalt vorzulegen sei.



# Landesversammlung sozialdemokr. Frauen

Der provisorische Vorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen hatte auf Sonntag nach Karlsruhe in den Gartenhof des „Friedrichshof“ eine Landesversammlung sozialdemokratischer Frauen einberufen, die von Delegierten der Frauenorganisationen des ganzen Landes recht gut besucht war. Zweck der Konferenz war, die bestehenden Frauenorganisationen unserer Partei enger zusammenzuschließen und den Genossinnen Richtlinien für die künftige Arbeit zu geben. — Selbstverständlich ist auch die Frauenorganisation kein Sondergebilde, sondern wie die Arbeitsgemeinschaft der Beamten, der Lehrer usw. hat auch die Organisation der Frauen nur den einen besonderen Zweck, die spezielle Arbeit unter den Frauen Badens zu leisten. Oberste und einzige maßgebende und bestimmende Organisation ist immer die Gesamtpartei. Die Arbeitsgemeinschaften sind die Unterorganisationen, denen spezielle Aufgaben auf speziellen Gebieten obliegen. Ihre Arbeit dient der Gesamtpartei, ihr Arbeitsgebiet ist eine bestimmte Schicht des arbeitenden, erwerbsfähigen Volkes, der Beamten, Angestellten und Lehrer. Auf den Weisungen dieser verschiedenen Gruppen ruht das Gebilde der Gesamtpartei. Je stärker und mächtiger diese Pfeiler immer werden, desto stärker und mächtiger steht auch das Gesamtgebäude der Partei.

Der Verlauf der Frauenkonferenz — nächsten Sonntag folgt eine solche der sozialdemokratischen Beamten — gab die Gewißheit, daß nun auch die Frauen Badens daran gehen werden, den Weisungen der Gesamtpartei zu folgen, zu einer zuverlässigen, festen Stütze der Gesamtpartei zu werden. Es darf festgestellt werden, daß es mit unserer Organisation sozialdemokratischer Frauen in Baden bisher nicht zum Besten stand. Manches lag im argen. Die Konferenz am Sonntag berichtigte aber zu der bestimmten Hoffnung, daß nun ein neuer Schwung in unsere Frauenbewegung kommen wird, daß nun eine Arbeit unserer Frauen beginnen wird, die sicher von bestem Erfolge begleitet sein wird. Von Beginn der Konferenz bis zu ihrem Schluß herrschte ein Arbeitsfieber, ein Arbeitswille, eine Arbeitsfreude, die sicher sich bald auch draußen in der Agitation und in der Organisation auswirken werden. Das glänzende Referat unserer Genossin Zuchacz gab den Auftakt und in eingehender Ausdrucksweise schilderten dann die Genossinnen ihre Arbeit, ihre Mühen, ihren Kampf draußen im Lande. Die Genossin der Großstadt, wie die Genossin im Dorfe, sie haben alle ihre Beschwerden, ihre Wünsche. Aber trotz alledem, keine Hoffnungslosigkeit, kein Verzagen, kein Mißmut, nur trostvolle Kampfesstimmung, tapferster Arbeitseifer, das war der Grundton aller Reden. Die Frauen haben nun ihre eigene Arbeitsgemeinschaft. Wir sind überzeugt, daß sie im neuen Rahmen mit demselben Eifer, wie bisher, ihre Pflicht tun werden und daß die Gesamtpartei mit Stolz auf diese Stütze ihres Gebäudes blicken kann.

Die Konferenz wurde von der Genossin Abg. Blase Mannheim namens des provisorischen Landesfrauenauschusses eröffnet. Sie begrüßte besonders die Genossin Zuchacz Berlin als Vertreterin des Parteivorstandes, die Genossin Abg. Fischer und Gen. Abg. Kutz als Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und den Gen. Reinhold als Vertreter des Landesvorstandes unserer Partei. Zu Vorsitzende der Tagung wurde die Genossin Blase und Genossin Müller-Karlsruhe gewählt, zu Schriftführerinnen die Genossinnen Wolf-Saffa-Heidelberg und Schwab-Karlsruhe, in die Mandatsprüfungskommission die Genossinnen Martin-Mannheim, Bursel-Schwesingen und Spengler-Forsheim.

Namens der Karlsruher Partei begrüßte Genossin Müller und namens der Landtagsfraktion Genossin Fischer die Konferenz.

Der erste Punkt der Tagesordnung bestand in einem Vortrage der Genossin Reichstagsabgeordnete Marie Zuchacz-Berlin über:

## Die Frau im neuen Staat

Die Rednerin wies einleitend darauf hin, daß die Masse der Frauen gar nicht so sehr beklagt werden vom Wahlrecht, das ihnen die Revolution gebracht habe, denn sonst müßte die Teilnahme und das Interesse der Frauen an den Dingen des Staates eine härtere und größere sein. Besonders auf sozialem Gebiet war auch schon vor Erlangung des Frauenwahlrechts Frauengeist stark tätig. Aufseherregendes konnte natürlich von der ersten Betätigung der Frauen im Parlament nicht erhofft und erwartet werden, die Illusionen müßten da eine Enttäuschung erleben. Die bisherigen Wahlen zeigten, daß das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen einen größeren Vorsprung an Frauenstimmen gewannen wie die Sozialdemokraten. Dieser Vorsprung muß eingeholt und überholt werden. Die Frauen, die zur Sozialdemokratie gehören, zeigen bis jetzt noch nicht genügend Aktivität. Es dürfte dies darauf zurückzuführen sein, daß in der Familie das junge Mädchen nicht so sehr für die künftige Bedeutung und Stellung der Frau erzogen wird, wie es für den Knaben für dessen Kampf ums Dasein der Fall ist. Auch als Hausfrau fehlt der Masse der Frauen das Verständnis für ihre Stellung im Staate.

Die Frauen müssen sich einfinden in das große Getriebe des politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Aufgabe der sozialdemokratischen Frauen ist es, diesen Prozeß des Sich-Einfindens, des Einwirkens zu fördern und zu unterstützen. Mit der Schaffung eines Organisationsgebildes, das nun in Baden entstehen soll, müssen auch die richtigen Personen als Leiterinnen und Führerinnen bestimmt werden. Wenn es nicht vorwärts geht, so liegt die Schuld nicht allein an den Frauen oder an den Männern, sondern an uns allen. Die Vorurteile, die noch bestehen, müssen überwunden werden. Eine Menage Eierchen der Vergangenheit müssen abgetreift werden. Wir haben Bezirke im Reiche, in denen fast nichts getan wird, in anderen Bezirken gibt es Anläufe, die wiederholt erneuert werden, und in weiteren Bezirken wird stetig, nach einem bestimmten Ziele gearbeitet, wo man nie müde wird. Es müssen Frauen in die Vorstände der Parteizeile bestimmt werden, die Ideen und Tatkraft haben, denn es kommt viel darauf an, daß die Frauen das, was sie durchsetzen wollen, geschickt und jemand vertreten. Die Anwartschaft des Wahlrechts ist eine besondere Sache, daß mit der Erlangung des Wahlrechts eine besondere Frauenorganisation nicht mehr nötig ist, ist falsch. Sie wird nichtig sein, wenn einmal die Mitarbeit der Frauen in der Partei so stark und groß ist, wie die der Männer; dann wird

es möglich sein, die speziellen Frauenfragen ausreißend und genügend in den allgemeinen Mitteilungsberichten zu behandeln.

Nötig ist auch, daß die Frauen bei ihrer Werbearbeit die Augen nicht verschließen,

denn wir brauchen den Nachwuchs. Es sind da leider gewisse Hemmnisse vorhanden, die aber überwunden werden müssen. Die jungen Mädchen müssen wir weit das Tor öffnen. Die Werbearbeit darf nicht planlos abgehen, es muß immer nach einem bestimmten System vorgegangen werden. Jahr aus Jahr für diese Arbeit eine Reihe Winte und Anstragungen. Jahr und Tag muß an der Verwirklichung unserer Ziele gearbeitet werden. Wir müssen geistige Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Partei schaffen. Die Genossinnen müssen stets an sich selbst arbeiten. Wir müssen agitieren und schulen, das ist das Kernproblem der Frauenbewegung und der Partei. Denn ohne die starke Frauenbewegung kommt auch die Sozialdemokratie nicht zu ihrem Endziel.

Das kurze inhaltsreiche Referat der Genossin Zuchacz fand lebhaften Beifall.

## Die Ausprache

Gen. Martin-Mannheim: Die Frauen sind den Aufgaben, die ihnen die Revolution brachte, noch nicht ganz gewachsen. Die Partei hat sehr viel für die Interessen der Frauen geleistet; aber viel ist noch zu tun; es ist nur an das Recht der Frau in der Ehe erinnert, an den § 218 des Strafgesetzbuches. Die politische Gleichberechtigung ist errungen, daneben noch nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung. Es fehlt noch das Arbeitspensumgesetz, an dem auch die Frau ein besonderes Interesse hat. Es gilt nicht Frauenfragen zu lösen, sondern Menschheitsfragen. — Gen. Gebhard-Friedrichsfeld nimmt den Ausführungen der Genossin Zuchacz zu. Nötig wäre eine öftere Veranstaltung solcher Konferenzen. Mehr Schulung der Genossinnen in den Gemeindeparlamenten wäre auch zu wünschen. — Gen. Saas-Söllingen ist der Ansicht, daß die Schreibweise der „Frauenwelt“ zu hoch sei. Für die Veranstaltungen unterhaltender Art muß der gebotene Stoff ebenfalls der Auffassungsfähigkeit der Besucher angepaßt werden. — Gen. Cerni-Sedenheim meint, es sei vielfach der Mann schuld, wenn die Frauen nicht in wünschenswerter und genügender Weise an den Veranstaltungen der Partei teilnehmen. Wir sollten uns an der Arbeit der anderen Parteien ein Beispiel nehmen. — Gen. Wolf-Heidelberg vermißt die Schulung, die nötig ist, um auch um die Rechte der Frauen kämpfen zu können. Die Frau muß sich die politische Schulung selbst aneignen, sie muß in der Familie, bei der Erziehung sozialistische Arbeit leisten. — Gen. Cane-Heidelberg bespricht Seidelbergers Verhältnisse. In den Bildungsnotizen ist prozentual die Teilnahme der Frauen so groß, wie die der Männer. Das Interesse der Frauen muß durch intensivere Werbearbeit geweckt werden. — Gen. Fischer-Karlsruhe glaubt, daß in den letzten Jahren in Baden nicht genügend Werbearbeit unter den Frauen geleistet worden ist. Wir müssen Leser der Parteipresse gewinnen, Hausagitation treiben, wir müssen die Mütter gewinnen, dann haben wir auch die Kinder. — Gen. Steigler-Durlach weist auf die Organisation der Familien hin. Durch die in dieser Gemeinschaft zusammen Kinder ist auch möglich, an die Mütter heranzukommen; das gleiche gilt bezüglich der Arbeiterjugend. Das Wort Frauenfrage sollte verschwinden, und dafür das Wort Menschheitsfrage treten. — Gen. Bursel-Schwesingen schildert die schwere Arbeit der Genossinnen in den kleineren Städten und Orten; leider wird diese Arbeit oft auch durch Genossen selbst gestört und erschwert. — Gen. Kuehl-Durlach bedauert, daß die Konferenzen nicht öfter stattfinden. In die Organisationen muß der Familieneifer kommen. In die Parteiblätter sollten auch Redakteurinnen kommen. Genossen und Genossinnen müssen sich in ihrer Arbeit ergänzen; der Widerstand vieler Genossen muß überwunden werden. In der Kommunalpolitik hat die Frau auch große Arbeit zu leisten. Die Frau muß zur vollwertigen Politikerin werden, dann erst wird die Partei Fortschritte machen. — Um 4 1/2 Uhr wird die Diskussion abgebrochen und die Weiterberatung auf 1/3 Uhr festgesetzt.

## Nachmittagsklausur

Die Nachmittagsklausur begann mit der Befragung des Bezirkes der Mandatsprüfungskommission.

Anwesend sind 61 Delegierte, 2 Vertreter der Landtagsfraktion, 4 Vertreter des Landesfrauenwerbeauschusses, Landessekretär Reinhold, Reichstagsabgeordnete M. Zuchacz-Berlin, Jugendsekretär Düledou und Kreisvorsitzender Friedrich-Wannheim.

Als erste Rednerin in der sorgfältigen Diskussion über das Referat der Genossin Zuchacz schildert Gen. Schwarz-Konstanz die Schwierigkeiten der künftigen Werbearbeit, besonders in der Gegenwart, wo das Zentrum noch einen beherrschenden Einfluß hat. Leider gäbe es sogar Parteifunktionäre, die nicht mehr Abkommen des Parteiblattes sind. — Gen. Dr. Hölzl-Freiburg hält ebenfalls den Einfluß des Zentrums und der Geistlichkeit als großes Hemmnis für die Werbung unter den Frauen. Wir müssen uns von den kleinsten Vorurteilen, die vorwiegend noch den bürgerlichen Frauen anhaften, frei machen, und immer nur die großen Menschheitsziele in den Vordergrund stellen. Wichtig ist aber vor allem auch die Arbeit der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften hätten bei der Landtagswahl größere Arbeit leisten sollen. (Zustimmung.) Unterhaltende und gute Lichtbildvorträge sind ebenfalls gute Werbemittel bei den Frauen. Hauptfrage ist: der Glaube an unsere große Sache.

Gen. Reinhold-Mannheim begrüßt die Konferenz namens des Landesvorstandes. Große Arbeit erfordert es, den Schaden, den die Inflation anrichtet, wieder gut zu machen. Die Frauenbewegung in Baden ist für uns unbefriedigend. Die Zahl der Mitglieder läßt viel zu wünschen übrig. Während in den freien Gewerkschaften nahezu 61 000 Frauen organisiert sind, ist die Zahl der organisierten Frauenmitglieder der Partei kaum 3000! Die Zahl der Abonnenten der „Frauenwelt“ ist sehr gering. Wir müssen der Politisierung der Frau mehr Beachtung wie bisher schenken. Es geht allerdings um politische Mitarbeit, wenn ein Vorstandsmitglied eines großen Parteiverzweigs im Hinblick auf diese Tagungen von Arbeitsgemeinschaften in einem Protokoll schreiben fragen kann, wann denn die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter tagen! Die Frauen müssen selbst, so wie die Männer vor 50 Jahren, den Grundstein für die Frauenbewegung legen (Zustimmung).

Die Frauen haben innerhalb unserer Organisationsstruktur, die nächsten Jahre werden eine außerordentliche Betätigung der Frauen verlangen. Hauptfrage sind nicht nur Vorträge, sondern die mühselige Kleinarbeit von Haus zu Haus, von Familie zu Familie zu erwägen wäre, ob

nicht auch die „Frauenwelt“ obligatorisch eingeführt werden könne. Pessimismus ist aber auch bei uns nicht am Platze. Denn wir haben den Glauben, daß der Sozialismus einst doch den Sieg erringen wird. (Leb. Beifall.) — Gen. Wolf-Saffa-Heidelberg schildert die Wichtigkeit der Frauenarbeit auf sozialem Gebiete. Die Frauen müssen sich auch im Kampfe gegen den Alkoholismus zur Verfügung stellen und sich für die Einführung des Gemeindebestimmungsgesetzes einsetzen. — Gen. Martin-Mannheim setzt sich für Schaffung eines Schonstättengesetzes ein; es ist unbedingt nötig, daß in Deutschland der Alkoholverbrauch eingeschränkt wird. Weiter ist nötig, daß die Besitze der Rentner aller Art erhöht werden. — Gen. Kohnert-Freiburg: Der größte Teil der Frauen steht unseren Ideen noch fern. Wir müssen die Frauen frei machen von dem Vorurteil, in dem sie noch befangen sind. In den Städten wird dies leichter gehen wie auf dem Lande. Man muß den Frauen Zeit lassen, denn jede Entwicklung braucht ihre Zeit, auch die Frau wird politisch reif werden. Mit den Männern war es doch vor 50, 60 Jahren auch nicht anders. — Gen. Reinhold-Heidelberg wünscht Frauenbeilage in der Parteipresse. Zu bedauern ist, daß an keiner deutschen Parteizeitung eine Genossin als Redakteurin tätig ist. Die Ausdrucksweise der „Frauenwelt“ muß sich psychologisch den indifferenten Frauen anpassen. Wir müssen den Parteiorganen mehr Leserinnen zuführen, dann werden die Frauen auch mehr Einfluß auf die Parteipresse gewinnen. — Damit war die Rednerreihe erschöpft.

Im Laufe der Debatte waren folgende Resolutionen eingegangen:

## Silbe den Arbeitslosen

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz protestiert gegen die unsoziale Behandlung der Frauen der Arbeitslosenunterstützung seitens der derzeitigen Reichsregierung und der bürgerlichen Parteien. Die Verhältnisse sind gegenüber notwendigen sozialen Aufgaben unzureichend und den Grundgedanken und dem Geiste der Reichsverfassung eines modernen demokratischen Staates und beweist, daß das gerade zur Weisheitszeit soviel gebrauchte Wort von der „Nächstenliebe“, leere Phrase ist.

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz spricht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Dank aus für das Eintreten für die dringende Erörterung der Arbeitslosenunterstützung und vertraut, daß sie den Kampf für ausreichende Unterstützung der Opfer des Kapitalismus energisch fortsetzt.

Die Frauenkonferenz verlangt, daß anstelle unzureichender Zuschüsse für Krieges-, Sozial- und Kleinrentner eingeholt werden, damit ein Existenzminimum garantiert ist. Die sozialdemokratische Frauenkonferenz spricht ihre Mißbilligung aus über die unzulässige einmalige Beihilfe an Erwerbslose und ist bestrebt, daß diese Beihilfe nach Klassen abgestuft ist. — Sie erwartet von unserer Reichstagsfraktion, daß sie sich dafür ganz energisch einsetzt, daß die Unterstützungssätze, die einmalige Beihilfe erhöht werden und allen Berechtigten einheitlich ausbleiben.

## Bekämpfung des Alkoholismus

Die am Sonntag, 13. Dezember, in Karlsruhe tagende Landesfrauenkonferenz bildet die sozialdemokratische Fraktion im Reich, Land und Gemeinde, alle ihre Kräfte bei allen bestehenden Gelegenheiten einziehen zu wollen zur Bekämpfung des Alkoholismus. Mächte insbesondere die Reichstagsfraktion alles tun, daß ein Schonstättengesetz mit einem wirksamen Gemeindebestimmungsrecht baldmöglichst aesehliche Kraft erhält.

## Getrennte Abstimmung bei Wahlen

Die sozialdemokratische Landeskonferenz der Frauen in Karlsruhe wünscht, daß der Landesvorstand der SPD, bei den Gemeindefraktionen dahin wirke, daß bei den Gemeindefraktionen im Lande getrennt nach Geschlechtern abgestimmt werde.

Genossin Zuchacz behandelte in ihrem Schlusswort eine Reihe der in der Debatte behandelten Fragen.

Die vier Resolutionen wurden hierauf einstimmig angenommen.

Im Anschluß hieran begründeten die Genossinnen Rehl und Heiser-Mannheim die vom Frauenwerbeauschuss Mannheim der SPD aufgestellten

## Richtlinien für die Landesorganisation und Werbearbeit in der Landesorganisation Baden

Die Richtlinien haben folgenden Wortlaut:

Die Gewinnung der Frau für die Sozialdemokratie ist die wichtigste organisatorische und agitatorische Aufgabe der Partei in der nächsten Zukunft. Massenweise Frauen haben bislang den Weg zur Sozialdemokratie gefunden und nur einige wenige sind als aktive Genossinnen tätig.

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die Frau nur gewonnen werden kann durch die Frau! Es ist darum erforderlich, daß die tätigen Genossinnen Werbeauschüsse bilden, die sich die Werbung der Frau zu Parteimitgliedern zur besonderen Aufgabe machen und damit den Vorständen unserer Organisation die nötige Unterstützung geben.

Diese Aufgabe kann jedoch nur gelöst werden, wenn die organisatorische Grundlage für diese Arbeit gegeben ist. Dieses wollen die folgenden Richtlinien erreichen.

## 1. Frauen-Werbeauschüsse

a) Alle Zahlstellen und Ortsvereine haben Frauen-Werbeauschüsse zu bilden, die aus drei oder fünf Genossinnen bestehen. Ein Mitglied davon muß dem Zahlstellenbesw. dem Ortsvorstand angehören.

b) In jedem Agitationsbezirk wird ein Bezirks-Frauenwerbeauschuss gebildet, bestehend aus fünf Genossinnen, die auf der Bezirks-Frauentagung gewählt werden. Vor Zusammentritt derselben wählt der jeweilige Bezirk des Agitationsbezirks den Vorsitz. Ein Mitglied desselben muß dem Bezirksvorstand angehören.

Die Bezirks-Frauenwerbeauschüsse haben das Recht, auf den allgemeinen Bezirkskonferenzen sämtlich als stimmberechtigte Delegierte vertreten zu sein.

c) In der Landesorganisation wird ein Landes-Frauenwerbeauschuss, bestehend aus fünf Genossinnen, gebildet, der auf der Landeskonferenz der Frauen gewählt wird und dessen Mitglieder jeweilig am Orte des Landesvorstandes wohnhaft sein müssen. Ein Mitglied desselben gehört dem Landesvorstand an. Auf dem Landesparteitag hat je eine Genossin von jedem Bezirks-Frauenwerbeauschuss zu sein.



2. Aufgaben

a) Die Fachstellen- und Ortsvereinsauschüsse haben die Vorbereitung innerhalb der Orte zu betreiben. Frauenabende mit besonderer Frau-Interessierenden Themen, Frauenunterhaltungsabende, die beide geeignet sind, das politische Bewusstsein der Frau zu wecken und neue Frauenmitglieder zu werben, sind von den Ortsauschüssen zu organisieren. Sie haben sich diesbezüglich mit dem Bezirkssekretariat in Verbindung zu setzen, welches seinerseits in enger Fühlungnahme und Einverständnis mit den Vorsitzenden des Bezirks-Frauenwerbeauschusses zu arbeiten hat. Über besondere Frauenabende haben die Ortsauschüsse für den Besuch der allgemeinen Mitteilungsveranstaltungen durch die Genossinnen Sorge zu tragen.

b) Die Bezirks-Frauenwerbeauschüsse haben die Frauenarbeit im Agitationsbezirk zu leiten. Ihre Aufgabe besteht darin, enge Fühlungnahme der tätigen Genossinnen im Bezirk mit dem Bezirkssekretariat herbeizuführen, den Ortsauschüssen Anregungen für die Agitation zu geben und ihnen bei Arrangierung von Frauenabenden behilflich zu sein.

Am Einverständnis mit dem Bezirksvorstand sind Bezirks-Frauentagungen abzuhalten, auf denen besonders die organisatorischen und agitatorischen Fragen neben rein politisch kulturellen behandelt werden.

c) Den Landes-Frauenwerbeauschüssen steht es ob, den Bezirkswerbeauschüssen mit Anregungen in der Arbeit zu dienen und eine Fühlungnahme mit denselben über das Landessekretariat herzustellen. Wenn die politischen und finanziellen Verhältnisse der Landesorganisation es erlauben, so hat der Landes-Frauenwerbeauschuss im Einvernehmen mit dem Landesvorstand alle zwei Jahre eine Landes-Frauentagung einzuberufen.

Die Mannheimer Genossinnen unterbreiteten der Konferenz im Anschluß an die Richtlinien eine reichhaltige und vielseitige Auswahl von Themen für Frauenabende.

An der Diskussion beteiligten sich die Genossinnen Dr. Hölzl-Freiburg, die einen Antrag begründete, den Absatz e der Richtlinien dahin abzuändern, daß der Landes-Frauenwerbeauschuss aus 6 Genossinnen bestehen soll, von denen Mitglieder 4 am Orte des Landesvorstandes wohnhaft sein müssen, Gen. Reventlow-Heidelberg, Gen. Kaufmann-Mannheim, Gen. Martin-Mannheim, Gen. Wurzel-Schwetzingen, Gen. Heiser-Mannheim, Gen. Reinhold-Mannheim, Gen. Dr. Hölzl-Freiburg, Gen. Fischer-Karlsruhe, Gen. Reventlow-Heidelberg, Gen. Lang-Karlsruhe, Gen. Holz-Heidelberg und Gen. Reinhold-Mannheim. Die Debatte drehte sich schließlich um die Frage, ob alle Mitglieder des Landes-Frauenwerbeauschusses in Mannheim wohnen sollen oder nicht. Ein Antrag auf Schluß der Debatte machte der Aussprache ein Ende. — Ein Antrag der Gen. Fischer, statt Landes-Frauenwerbeauschuss zu setzen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Badens, wurde abgelehnt. Der Antrag der Gen. Dr. Hölzl-Freiburg, daß der Landesauschuss sich aus 6 Genossinnen zusammensetzt, wovon 4 in Mannheim und 2 außerhalb wohnen sollen, wurde angenommen.

Es folgt nun die  
**Wahl des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen**

Die Genossinnen von Mannheim schlagen die Genossinnen Blase, Kehl, Heiser und Wengenau vor. Die Genossinnen werden einstimmig gewählt. Weiter werden als Vertreterinnen aus dem Lande die Genossinnen Fischer-Karlsruhe und Dr. Hölzl-Freiburg gewählt.

Über den letzten Punkt der Tagesordnung:

**Die Arbeiterwohlfahrt**

sprach Gen. Sekretär Walter Disedau-Mannheim. Der Redner weist darauf hin, daß als Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auch das Auseinanderfallen der Familien festzustellen ist. Wir müssen danach streben, über die Familie hinaus zu der großen Proletarierfamilie, der großen Volksgemeinschaft zu gelangen. Wenn wir Wohlfahrtsvereine treiben, dann leben wir immer ein ganz anderes Prinzip bei der Hilfsleistung aus, als wie es bei den konfessionellen Wohlfahrtsvereinen der Fall ist. Wir wollen dem Hilfsbedürftigen so helfen, daß er dann seinen Weg allein weiter findet. Unser Prinzip der Hilfe muß sichtbar sein. Der Hilfsbedürftige muß fühlen, daß wir nur aus dem Gefühl der Solidarität heraus helfen. Unsere Arbeit ist weit gespannt. Was die Arbeiterwohlfahrt bisher in Baden getan, kann sich sehen lassen. Die praktische Auswirkung des Sozialismus ist das Bekämpfen des Hilfsbedürftigen. Das innere Verhältnis zu diesem Sozialismus herzustellen, das ist die Arbeit in der Arbeiterwohlfahrt. Nicht nur mit dem Sozialismus sich wissenschaftlich befassen, sondern auch praktische soziale Betätigung, das sollte Aufgabe der Frau sein. Die Arbeiterwohlfahrt wird die Wohlfahrtsorganisation der Zukunft sein. Es ist nicht Aufgabe der Arbeiterwohlfahrt, einseitig zu arbeiten, sondern sie muß allseitig sich betätigen. Die Arbeiter-Jugend muß von der Arbeiterwohlfahrt erfaßt werden, sie müssen mit- und für einander arbeiten. Das gleiche gilt für die Kinderfreunde-Bewegung. Auch das ist eine Aufgabe der Arbeiterwohlfahrt. Innerhalb der Arbeiterwohlfahrt müssen wir Erziehungsausschüsse zur Betreuung der gesunden Kinder bilden. Im weiteren gab Gen. Disedau eine Reihe von Rufen und Ratsschlägen über die Arbeit der Frauen in der Arbeiterwohlfahrt. Er wies sodann auf die Wohlfahrtslotterie hin, die zurzeit im Gange ist. — Der Redner erntete lebhaften Beifall.

Der vorgeschrittenen Stunde wegen wurde von einer Aussprache über den Vortrag Abstand genommen. Mit einem herzlichen Dankeswort an die Genossinnen und mit der Aufforderung, das heute Gehörte und Gelernte nun draußen in der praktischen Arbeit zu verwerten, schloß Gen. Blase gegen 1/2 Uhr die arbeitsreiche Tagung.

**Der neue Valutasturz in Frankreich**

Paris, 12. Dez. (Eig. Bericht.) Die neue Abwärtsbewegung des Franken, die am Freitag einsetzte, hat sich am Samstag in scharfem Tempo fortgesetzt. Das Pfund, das zu Anfang der Woche zwischen 124 und 125 notiert wurde, ist am Samstag auf 133,15, der Dollar in der gleichen Zeit von 25 auf 27,47 gestiegen. Die ausländischen Devisen haben damit Rekordkurse erreicht, die beträchtlich über denen der schweren Krise in den ersten Monaten des Jahres 1922 liegen. Die Wäcker, die sich eingehend mit der neuen Erschütterung der französischen Währung befassen, schreiben sie nach ihrer politischen Einstellung die Ursache des neuen Frankensurzes teils Spekulationen des Auslandes, teils der Unzulänglichkeit der Finanzreformpläne Loucheurs zu. Das eine ist ebenso unzutreffend wie das andere. Die Wahrheit ist vielmehr, daß die Kürzungslosigkeit, mit der Kammer und Senat seit Beginn dieses

**Bodenreform und Gewerkschaften**

S. Peus-Deffau

Die Bodenfrage und die Wohnungsfrage müssen gelöst werden. Und zwar so schnell wie möglich. Es kann nichts Dringenderes geben, wir müssen für unser Wohnland das allgemeine Bodenrecht fordern. Wir müssen und wir können, wenn wir es wollen, mit dem allgemeinen Wahlrecht durchsetzen. Wenn wir das Programm aufstellen, wird uns die Mehrheit sicher zufallen, denn die Zahl derer, die da als Großgrundbesitzer und als Bodenbesitzer gegen uns sind oder sein können, ist viel zu klein, als daß ihr Widerstand groß in Betracht kommen könnte. Was uns im Wege ist, das ist das falsche Bodenrecht, aber auch die falsche Meinung im Volke, die noch nicht recht daran glauben kann, daß es möglich sei, jeden zum Grundbesitzer und jeden zum Besitzer seiner Heimstätte zu machen. Wenn Laifasse seiner Zeit den Arbeitern noch nicht fauen konnte, daß sie alle Grundbesitzer und Hausbesitzer werden sollten, so ist die Sache heute doch schon was ganz anderes. Wir sind über die Zeiten hinweg, wo wir meinten, der Arbeiter sei ein unjünglicher Sozialdemokrat, je schlechter es ihm gehe. Wir haben den Arbeitern durch Gewerkschaften und Genossenschaften einen wirtschaftlichen Rückhalt gegeben, und nun müssen wir nur noch weitergehen und ihm durch ein Stück Land und eigenes Heim das eigentliche Fundament für seine Existenz bereiten. Wir müssen durch das Reich das Gesetz schaffen, das Staat und Gemeinde in stand setzt, sich so viel Land durch Ausübung des Ankaufsrechts zu verschaffen, daß sie in die Lage kommen, jedem sein Wohnland zu einem ganz niedrigen, für jeden Staatsbürger leicht erschwinglichen Preise zu geben. 500 bis 1000 Quadratmeter Land soll jeder mindestens unter seinen Füßen haben, und wer es nicht hätte oder nicht haben will — es kann auch solche Existenzen geben, die es nicht brauchen können —, der sollte einen entsprechenden Nachschuß an Steuern beanspruchen können.

Hat jeder sein Land, dann sollte ihm sein Heim als „Reichsheimstätte“, in dieser durch das Reich geschaffenen klaren Rechtsform, durch die Gemeinde oder deren Beauftragten gegeben werden. Und damit er es auch besetzen könne — denn das Reich kann nichts haben, was ihm seine Bürger nicht geben —, sollten wir die gesetzliche Wohnungsparafisität einführen, kraft deren jeder 15- bis 25jährige 4 Proz. seines Erwerbes und der ältere 2 Proz. seines Erwerbes in eine Wohnnastasse so zahlen müßte, daß es sein Eigentum fließend, unpfändbar, vererbbar, aber nur für Wohnungszwecke verwendbar, dann hätte jeder 25jährige das Geld zum Ankauf seiner Heimstätte und jede 25jährige das Geld für die innere Ausstattung der Heimstätte. Der Höchstbetrag würde der Einnagstas ins Heimstättenparadies. Das Spargeld muß, wie es der Anhaltische Siedlerverband macht, absolut werbefähig gehalten werden, d. h. die Sparer müssen in die Lage versetzt werden, das sie wahrhaft den Schwere ihres Hauses sparen, in dem ihr in den Häusern angelegtes Spargeld immer mit dem jeweiligen Verfallenswerte des Kaufes in Abereinstimmung gehalten wird. So können aus einer gemeinsamen Sparrate derjenigen, die auf eine Siedlung reflektieren, alle in gerechter Weise zu ihrem Hause kommen. Mögen die Gewerkschaften, die vor einem Vierteljahrhundert gelernt haben, den Wert der Konsumgenossenschaften zu schätzen, nun auch es lernen zu schätzen, daß der Konsumverein für die gemeinnützige Wohnungsbeschaffung mindestens den gleichen Wert hat. Möge sie bedenken, daß durch die Ausbeutungstätigkeit der Bodenbesitzer und Hausbesitzer ein gewaltiges Stück eroberten Lohnes immer wieder verloren geht. Die durch Staat und Gemeinde zu unterstützende gemeinwirtschaftliche Wohnungsbeschaffung müssen die Gewerkschaften auch deshalb unterstützen, weil nicht der ärmste, son-

dern der wirtschaftlich kräftigste Arbeiter die höchsten Löhne erzwingen kann. Ein bodenreformertisch gesinnter Landrat, der die Industrie nicht leiden konnte, weil sie die Arbeiter proletarisierete, meinte einmal, er wünsche jedem Arbeiter ein Siedlungsbaus, damit er es im Falle eines Streikes recht lange aushalten könne. Und es ist klar, daß der Besitzer einer Heimstätte weit eher einen Streik auszuhalten imstande ist, als einer, der am Ende der Woche, in Stube und Küche wohnend, nur auf seinen Lohn angewiesen ist.

Der Industriearbeiter braucht auch, um seine Nerven beruhigen zu können, die leichte Arbeit im Garten als Gegengewicht, und alle Frauen sollen wir zu wahren Herrinnen im Heim machen, die durch ihre Arbeit im Heim mehr erwerben können, als dadurch, daß auch sie in der Industrie mitfröhen. Die Frau gehört ins Haus, aber dann muß sie auch ein rechtes Haus haben, nicht in Stube und Küche in trockener Mietklosette wohnen, sondern ein ganzes Haus muß sie haben mit schönem Garten, um ihrem Mann und ihren Kindern darin ein schönes und wahrhaftes Heim zu bereiten.

Zwingen wir alle Parteien, zu dieser unserer Forderung Stellung zu nehmen, wir bringen sie in läbliche Verlegenheit, denn die systematische Beschaffung eines menschenwürdigen Eigenheims für jede Familie, wie sie Artikel 155 der Reichsverfassung vorsieht, ist etwas so Großes und Schönes, daß es ganz unmöglich ist, daß eine Mehrheit in Reichstag, Landtag und Gemeinde dagegen sein könnte. Das kleine Anhalt, das 4000 Siedlungsbäuer, Einfamilienhäuser mit Gärten, angeschaffen. Der Anhaltische Siedlerverband ließ in den letzten zwei Jahren von der Bauhütte 175 Einfamilienhäuser bauen.

Auch die Landfrage muß gelöst werden. Der Familienbetrieb des Kleinbauern muß von schwerer Ausbeutung befreit werden, die seine Existenz weit über technische Notwendigkeit hinaus unmöglich macht. Nur da, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb zweifellos außerordentlich überlegen ist, soll er sich, und dann am besten in genossenschaftlicher Form, durchsetzen können. Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb hat aber noch große Zukunftsmöglichkeiten, insbesondere durch die Injizierung mit modernen kleinsten Maschinen und bei gründlicher gärtnerischer und landwirtschaftlicher Ausbildung. Bei uns in Anhalt haben wir einen Verband der Kleinlandwirte und Pächter gegründet, dessen Führer Parteigenossen sind. Wir wollen den kleinen Landwirt von der Kentei- und Zinswirtschaft den Großgrundbesitzern wie den Großgeldegebern gegenüber befreien.

Mit städtischen Siedlern, die, fest gegründet auf ihrer Siedlung, über die städtische Proletariernot hinweg gehoben sind, und mit Kleinbauern, die auf gesicherten und gebundenem Boden stehen, können wir die Welt des Kapitalismus viel leichter aus den Angeln heben. „Nieder mit dem Proletariat!“ in dem Sinne: „Fort mit dem Proletariat!“ Alle, sollen für den eigenen Gebrauch in der Familie selber ihres Wohnlandes und Wohnhauses sein. Und alle sollen als Inhaber eines landwirtschaftlichen Familienbetriebes freier und doch durch die Gesellschaft gebundener, gegen Mißbrauch gesicherter Besitzer eines Arbeitslandes sein. Dann wird ein arbeitendes Volk entstehen, das dem Kapitalismus trotz bieten kann und den Staat statt auf den Profit auf den Bedarf absiehlende Produktion zu schaffen wird möglich sein.

Darum her mit dem Wohnland!  
Her mit der Heimstätte!  
Her mit dem Arbeitsland!

für den, der auf ihm in technischer Vollendetheit nützliche Arbeit verrichten kann.

Zur Euch alle zusammen, die ihr diese Ziele aufleitet. Auch der Restamof wird uns dann leichter werden.

Jahres alle Forderungen auf eine der außerordentlichen Schwere der Finanzlage Frankreichs angemessene Erhöhung der Steuern befähigen, die Söhnung auf eine Senkung in immer weitere Ferne rückt und daß infolgedessen selbst in den Kreisen der Kleinrentner und Sporer das Vertrauen in die französische Währung eine unheilvolle Erschütterung erfahren hat.

**Die Oberhoheit des Reiches über die Wasserstraßen**

Entscheidung des Staatsgerichtshofes

Leipzig, 12. Dez. (Eig. Bericht.) Der Staatsgerichtshof beschäftigte sich am Samstag in längerer Verhandlung mit der Streitfrage des Deutschen Reiches betr. die Durchführung der Reichswasserstraßenverwaltung gegen die Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Baden und Hessen. Auf Grund des Artikels 97 der Reichsverfassung ist dem Reich die Oberhoheit über die Wasserverkehrsstraßen übertragen worden. Das Reich verlanat nun zur besseren Durchführung der Verwaltungarbeiten die Einsetzung eigener Verwaltungsbeamten, zumal bereits zwei Drittel aller Beamten der einzelnen Länder von Reich besetzt würden. Die einzelnen Länder wehrten sich gegen diese Maßnahme und wollten aus wirtschaftlichen und praktischen Gründen dem Reich dieses Recht nicht ausstehen. In der Entscheidung wurde geltend gemacht, daß das Reich berechtigt sei, seine verfassungsmäßige Aufgabe zur Unterhaltung der Wasserstraßen durch eigene Behörden durchzuführen, wenn auch aus der Reichsverfassung unmittelbar eine Verpflichtung dazu nicht hergeleitet werden könnte.

**Aus dem Freistaat Baden**

Deutschnationale Anfragen im Landtag

Die Deutschnationalen haben im badischen Landtag zwei kurze Anfragen an die Regierung gerichtet. In der ersten Anfrage wird die Regierung um Auskunft erucht, ob sie bereit sei, ihren abgebauten Beamten und Hinterbliebenen die gleichen Rechte, wie sie die Reichsregierung durch Milderung der Personalabbauverordnung vom 27. Oktober 1923 vorgesehen hat, zu gewähren. (Es handelt sich hierbei um die Abfindung der Abgebauten und die Pensionen für nachgebeiratete Frauen. Die Red.) Weiter fragen die Deutschnationalen an, ob die Regierung erfolgreiche Schritte tun könnte, um bei der Reichsbahngesellschaft eine Wiederholung der Prämien- und Zulagenverteilung an einen Teil der Beamten — besonders der höheren — wie sie im vorigen Jahr geübt worden ist, und berecht-

igten Anmut und scharfen Tadel hervorrief, zu verhindern? Die angefordigten großen Entlassungen, welche durch die wirtschaftliche Lage der Reichsbahn bedingt sein sollen, würden mit Recht eine noch schärfere Erörterung hervorrufen, wenn diese Prämienverteilung wieder stattfinden würde.

Es geht nichts über die deutschnationale Heuchelei. In Baden entdeden die Herrschaften auf einmal ihr beamtenfreundliches Herz. Im Reich aber, wo die Deutschnationalen nachgebenden Einfluss in der Regierung hatten, haben sie und ihr Finanzminister rücksichtslos alle Beamtenforderungen abgelehnt. Ob es wirklich noch Beamte gibt, die glauben, die Deutschnationalen meinen es nun ernst mit ihnen, weil sie solche Anfragen im Landtag loslassen?

**Wohnungsaustausch**

Antisch wird mitgeteilt: Es wird darauf hingewiesen, daß der Wohnungsaustausch grundsätzlich freigegeben ist. Jeder Mieter einer selbständigen Wohnung darf diese mit der Wohnung eines anderen Mieters tauschen. Erforderlich ist lediglich die Zustimmung der beiderseitigen Vermieter, die durch das Mietvertragsbuch bestätigt werden kann. Die neuen Mietverträge sind zwar noch dem Wohnungsamt zur Genehmigung vorzulegen, das Wohnungsamt muß jedoch die Genehmigung erteilen, wenn selbständig benutzte Wohnungen getauscht werden sollen und die Vermieter zustimmen haben. Ist innerhalb von 14 Tagen ein Befehl des Wohnungsamtes nicht ergangen, so gilt die Genehmigung als erteilt. Es empfiehlt sich daher, daß Mieter, die aus irgendwelchen Gründen eine andere Wohnung suchen, in erster Linie den Versuch machen, diese im Wege des Tausches zu erhalten.

**Praktisches Weihnachtsgeschenk!**

MAGGI'S Würze in Flaschen,  
MAGGI'S Suppen in Würfeln,  
MAGGI'S Fleischbrüh-Würfel.

Man achte genau auf den Namen MAGGI.

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!











### Aus der Partei

#### Zum 50. Geburtstag Löbes

Am Montag, 14. Dezember, vollendete der Reichstagspräsident Gen. Paul Löbe sein 50. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß sind ihm viele Grüße und Glückwünsche vor allem aus den Kreisen der Parteimitglieder ins Haus geflattert, denen er seit frühestem Jugend ein treuer Parteigenosse war. Paul Löbe hat nach dem Besuch der Volkshochschule den Beruf des Schriftstellers erlernt und war als solcher mehrere Jahre tätig. Als Handwerksbursche durchwanderte er Desterreich, Ungarn und Italien. Anfang 1899 trat er als Lokalredakteur in die Breslauer „Volkswacht“ ein, deren Redaktionsrat er im Laufe der Jahre bis heute angehört. Schon damals baute er Beziehungen, als Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereines seine besonderen Fähigkeiten zu entwickeln, die ihm in seiner Eigenschaft als Reichstagspräsident das Vertrauen aller Parteien einbrachte: neben der Geschicklichkeit in der Verhandlungsführung und die persönliche Form im Umgang auch mit den Vertretern gegnerischer Ansichten. Lange Jahre war Löbe Stadtdirektor in Breslau. In die Nationalversammlung gewählt, fand er auch auf dem Boden des Reichsparlamentes ein Tätigkeitsfeld, das seiner Anlage, zu vermitteln und auszuweichen, reiche Möglichkeiten bot. Als Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung war er ebenso wie seine engeren Kollegen oft Gegenstand lebhaftester Aufmerksamkeit der reaktionären Presse. Bekannt ist seine Beurteilung zu einem Jahre 1906 in der „Volkswacht“ erschienen. Diese brutale Redefreiheit gegen die Vertreter der um ihr Recht kämpfenden breiten Volksmassen hat nicht wenig beigetragen zu einer allgemeinen Aufklärung der Stimmenden und Trägern, sie weckte Entsetzen und Enttäuschung auch in solchen Bürgerkreisen, die sonst den Bestrebungen der Sozialdemokratie feindselig gegenüberstanden. Heute kann Genosse Löbe sich der persönlichen Sympathien auch zahlreicher politischer Gegner von rechts und links erfreuen. Seine eigene Partei aber bringt dem aus der Arbeiterklasse kommenden, durch Arbeit für die Partei erwachsenen Genossen zu seinem Geburtstag einmütig die herzlichsten Wünsche entgegen!

### Gewerkschaftliches

#### Deutsche Arbeiter werdet keine Lohnbrüder

Vom Vorstand des ADGB wird uns geschrieben: Die Firma Siemens-Schuckert-Pau-Union ist mit der Ausführung der Bauarbeiten für das Kraftwerk am Schanz in Pöchlarn in Österreich von der dortigen Regierung beauftragt worden. In diesen Arbeiten, die in Zimmerei ausgeführt werden, sind hauptsächlich inländische Arbeiter beteiligt, während aus Deutschland das technische Personal und Facharbeiter für zwei Jahre fest angeheuert werden. Die Firma Siemens bietet den irischen ungelerneten Arbeitern einen wöchentlichen Lohn von 32 Schilling und veranlaßt 50 Stunden wöchentliche Arbeitszeit, während die von den dortigen Gewerkschaften festgesetzte Arbeitszeit nur 44 bis 47 Stunden in der Woche beträgt. Alle Versuche der irischen Gewerkschaftszentrale, zu einer Regelung über Lohn und Arbeitszeit zu gelangen, scheiterten, weil die Siemens-Schuckert-Pau-Union es ablehnt, die dortigen Gewerkschaften als Vertragskontrahenten anzuerkennen. Sie sieht es vielmehr vor, mit den Vereinen der ehemaligen Soldaten zu verhandeln. Deshalb ist von der irischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaftszentrale der Boykott über die Baustelle in Zimmerei verhängt worden.

Die aus Deutschland importierten Arbeiter und Angestellten kommen in eine außerordentlich unangenehme Lage, die bereits zu Zusammenstößen mit der einheimischen Bevölkerung führt. Deutsche Arbeiter haben sich bereit gefunden, Schiffe mit Material aus Deutschland unter militärischem Schutz zu entsenden, weil die irischen Schauerleute sich weigerten, Streikbrecherdienste zu leisten. In Zimmerei ist es ohnehin schwer, für den in Deutschland vereinbarten Lohn Pension und Logis zu erhalten.

Nicht den deutschen Arbeitern muß verlannt werden, daß sie nicht als Lohnbrüder und als Streikbrecher für längere Arbeitszeit sich mißbrauchen lassen und damit der Arbeiterbewegung der deutschen Arbeiterbewegung im Ausland schaden.

### Gerichtszeitung

#### Schwurgericht Karlsruhe

Karlsruhe, 11. Dez. Unter der Anklage der Körperverletzung mit Todesfolge

Handen der 27jährige Zimmermann Wilhelm Schmalzhauf und der 20jährige Bienenarbeiter Emil Schmalzhauf aus Oberhausen bei Bruchsal vor dem Schwurgericht. Am 16. August 1925 war beim Wünder eines Birnbaumes der 47jährige Landwirt Karl Rothardt aus Oberhausen von dem Angeklagten Wilhelm Schmalzhauf mit einer Hacke darauf auf den Kopf geschlagen worden, daß Rothardt fünf Tage darauf starb. Bei einer letzten Willensäußerung war von dem jungen Mann der Wunsch geäußert worden, an dem Tage, an dem der Dauler des Rothardt stehenden Birnbaum Birnen zu pflücken. Rothardt kam dazu, schlug zunächst auf Wilhelm Schmalzhauf mit einer Hacke ein, wurde darauf niedergebunden und im Verlauf der Rauferei tödlich verletzt. Das Urteil des Schwurgerichts lautete bei Wilhelm Schmalzhauf auf 2 Jahre Gefängnis und bei Emil Schmalzhauf auf 3 Monate Gefängnis, die durch die Unteruchungshaft verbüßt sind. Das Gericht erachtete für erwiesen, daß Wilhelm Schmalzhauf den Rothardt mit der Hacke erschlagen hat. Notwehr konnte nicht in Frage. Den Angeklagten wurden mildernde Umstände zugesprochen, weil sie noch unbetroffen sind und einen guten Ruf genießen.

### Kleine badische Chronik

Ankündigung. Auf Einladung des Bürgermeisters fand im Rathaus eine gute Besprechung der Land- und Forstwirtschaft treibenden Einwohner statt. Nach einleitenden Worten des Herrn Bürgermeisters Dr. r auf die wichtigste Lage der Landwirtschaft und insbesondere der kleinen Landwirte hin, wobei es notwendig sei, sich darüber zu beraten, ob es nicht wünschenswert wäre, künftig anstatt nur Getreide, Kartoffeln und Tabak auch Gemüse und insbesondere Spargel zu pflanzen. Durch die Nähe der Großstadt und mehrere Konkurrenzfabriken, sowie die Bodenbeschaffenheit der Gemarkung seien die Vorbedingungen hierzu nicht ungünstig. Herr Landwirt Bauer von der Landwirtschaftskammer hielt lobenden einen längeren, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über den Spargel- und sonstigen Gemüsebau. Er vertrat auch den Landwirten in jeder Hinsicht ein gutes Wort zu geben. Nach einer lebhaften Aussprache konnte der Vorsitzende am Schluß der Versammlung feststellen, daß eine große Anzahl Landwirte schon diesen Winter Spargel-

## Oeffentliche Angestellten-Versammlung

Gestern Abend fand im Festsaal des Friedrichshofes eine vom Ortsrat des Allgemeinen freien Angestelltenbundes einberufene öffentliche Angestelltenversammlung statt, welche sich mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und dem Problem der Arbeitslosigkeit befaßte. Der Besuch war ein guter. Der Landesvorsitzende des Abundes, Landtagsabg. K. K. K. hielt das Referat. Einleitend wies er darauf hin, daß wir uns gegenwärtig in einer Wirtschaftskrise von größtem Ausmaße befinden und daß nicht nur Deutschland, sondern nahezu alle europäischen Staaten mehr oder minder davon betroffen sind. Die tiefste und letzte Ursache sei die Vernichtung ungeheurer Werte während des vierjährigen Weltkrieges. Abgesehen davon nahm die jetzige Wirtschaftskrise mit der Stabilität der Währung ihren sichtbarsten Anfang. Reichsbank und Auslandsbank haben die alte Krise noch etwas hinausgeschoben. Wahrscheinlich sei der Tiefstand noch nicht erreicht. Die Arbeitnehmer, welche die erste Zeit in erster Linie auskosten haben, haben nicht nur ein Recht, sondern die Pflicht, sich mit den Verhältnissen zu befassen.

Als besondere Ursachen der jetzigen Krise bezeichnet er: 1. Die Entschleunigung der Produktion in den letzten Jahren. 2. Die hochgeschätzten Industrien könnten nur durch protektionistische und Zollpolitische Maßnahmen ihrer Produktion erhalten werden. 3. Der mangelnde technische Fortschritt in der deutschen Industrie und deren Exportvermögen während der Inflation. 4. Die deutsche Handelsverträge- und Zollpolitik. 5. Die Vermehrung unüber Zahlungsverhältnisse und der auch die Vermehrung der Direktorenstellen gehört, usw. 6. Die abgelaufene Kaufkraft eines großen Teils der deutschen Bevölkerung, wie Klein-, Sozial- und Kriegsgeldner, die als Konjunkturteilhaber der Zeit ganz ausfallen.

Der Widerspruch zwischen den Einkommen und den Preisen für die Bedarfsartikel ist ein ungewöhnlich großer. So ist allmählich eine Situation entstanden, in welcher unser Wohlstand außer Acht gelassen und im eigenen Lande beschränkt ist. Wir befinden uns daher mitten in einer Wirtschaftskrise, welche das Geld unserer Zeit verdrängt. Die gesellschaftliche Ordnung ist verunstaltet. Der Absatz sinkt, während Millionen von Arbeitslosen und Rentnern in den Städten sich nicht satt

fühlend, auch werden Grundstücke mit Bohnen und Frühgemüse angepflanzt werden.

Beim Festhalten. Freitag Abend zwischen 6 und 7 Uhr brannte das am Güterbahnhof liegende Holzlager der Firma Ludwig Koch völlig nieder. Auch der angrenzende Schuppen der Radolfenbaufirma verbrannte. Die Entschleunigungsurache ist noch nicht bekannt.

Reisen. In einer der letzten Nächte wurde die kleine Einwohnerschaft durch Feuerfanten erschreckt. Es brannte die Scheuer des Schuhmachereisters und Landwirts Otto D. u. u. und ein Teil des anliegenden Delonomiegebäudes von Karl Benz nieder. Dank der sofort am Plat erschienenen Feuerwehr und Hilfsmannschaften und deren tatkräftigen und umsichtigen Eingreifen konnte das Feuer auf diesem verhältnismäßig kleinen Herd beschränkt und die Gefahr von den anliegenden Wohnhäusern und dem Hanmaagasin der Firma Siegel abgewendet werden. Ueber die Entstehung des Brandes ist man noch im Unklaren.

Lehr. Ein tödlicher Unfall ereignete sich hier am Freitag. Bei der Firma Heinrich Caroll, Bandagenfabrik, hier, waren eine Anzahl Personen damit beschäftigt, eine Rille, die eine für den Betrieb bestimmte, 30 Zentner schwere Maschine enthielt, vom Wagen abzuhängen. Trotz aller Vorkehrungsregeln geriet die Rille hierbei ins Rollen und traf den Kraftwagenführer Gottlieb G. h. so unglücklich, daß er auf dem Kopf starb. Er wurde sofort ins Bezirkskrankenhaus verbracht, wo jedoch er um 6 Uhr seinen inneren Verletzungen erlag.

Vom Badischen Landesbühnen Karlsruhe. In Karlsruhe fand unter dem Vorsitz des Herrn Landrats Dr. Fischer und in Anwesenheit des Herrn Verkehrsrichters O. G. Karlsruhe eine zweite auf die badische Versammlung von Interessenten für das badische Landesbühnen statt, in der endgültig eine Theaterkommission für das badische Landesbühnen gegründet wurde. Es meldeten sich bereits 60 Mitglieder als Abonnenten des Landesbühnen. In den nächsten Tagen werden gleiche Versammlungen in Pöhlingen, von wo schon jetzt 50 Meldungen vorliegen, in Pöhlingen und in Espinggen abgehalten werden. Auf diese Weise soll erreicht werden, eine so große Zahl von Theaterbesuchern aus Orten der Linie Karlsruhe-Bretten-Espinggen zusammenzubringen, daß die Führung eines Theaters Sonderzuges in den letzten Abendstunden des Sonntags von Karlsruhe nach Bretten und Espinggen sichergestellt wird. Dank dem Entgegenkommen der Reichsbahndirektion besteht Aussicht, solche Theaterunternehmungen, die auch von anderen Reisenden sollen besucht werden können, an Sonntagen als Spätabendveranstaltungen mit der Landesbahnverbindungen in der Richtung Bretten-Espinggen, Germersheim und über Graben, Willmsburg und Rheinsheim nach Germersheim zustandzubringen.

### Monarchistische Vereine

Man schreibt uns vom Bodensee: Das es mehr monarchistische Vereine und solche mit reaktionären Tendenzen gibt, als unsere republikanische Einheit sich träumen läßt, konnte man schon immer ahnen. Nicht immer ist es möglich, diese neutralen Vereinen den Zweck ihrer Daseinsberechtigung nachzuweisen, denn sie verstehen meist gut, ihre Ziele zu verdrängen. Ein solcher Schrittmacher der Reaktion arbeitet immer im Verborgenen und kommt nie ans Tageslicht. Nur wenn er sich allzu tollpatschig benimmt, oder wenn er sich völlig unter Seinesgleichen wähnt, ist er zu erkennen.

Gelegentlich der Juppelfeier am 23. August hat sich in Konstanz ein Redner in diesem Sinne geäußert. Offiziell waren von der Stadt Konstanz zwei Redner und zwei Kränze vorgesehen: Oberbürgermeister Dr. Moerike-Konstanz mit einem Kranz der Stadtverwaltung und Komm. Rat Colsmann-Friedrichshafen mit einem Kranz der J. Werte. Beide Kranztäger fanden am Denkmal für Hermann Schickler. Es war aber noch ein dritter Redner vorhanden und ein dritter Kranztäger, welcher letzterer kaum bemerkt werden konnte, weil er in der Wähe der Zuschauer verdeckt war. Als die beiden offiziellen Redner beendet waren und die Kranze schon beginnen wollten, trat der Vorsitzende des Vereines für Luftfahrt am Bodensee, E. H. Konstant, Major a. D. von Rebenner — also ein Pensionärspänger der deutschen Republik, nach der Mitgliederliste des Vereines auch Ritter und Ober! — in den Kreis und warierte. Er wartete solange, bis sich aus der Zuschauermenge kein verdeckter Kranztäger herausgewunden hatte, und nun erst wurde man gewahrt, was geschehen sollte. Und ein Kranz mit großer schwarz-weiß-roter Schleife wurde niedergelegt gegen den Willen der Stadtverwaltung und monarchischer Teil republikanisch eingestellt war und die alle bei dieser Gelegenheit bestimmt an einen politischen Vorstoß nicht gedacht hatten. Es war

essen können. Es verbungern viele bei vollen Scheunern. Trotz des Dunaerns ist noch niemand gesund geworden. Die Aufstellung des Mannheimer Handelskammerpräsidenten Senat ist zurückzuweisen. Zwar haben auch andere Bevölkerungskreise ihre Sorgen, aber materielle Not leidet nur der Arbeitnehmer.

Unabwehrlich ist die Zahl der heillosen Angestellten gestiegen. Die Hälfte ist über 40 Jahre alt und seit über einem Jahr ohne Arbeit. Die Not kann aber weder durch Verlängerung der Arbeitszeit, noch durch Gehaltskürzungen, noch durch Abbau der Sozialpolitik gelindert werden. Zweierlei ist zu verlangen: Eine Produktionspolitik auf lange Sicht und unmittelbare sofortige Hilfe für die Notleidenden. Als Mittel auf lange Sicht, führte der Redner an, ist eine durchgreifende Verbesserung der Produktionsmethoden, eine Verbilligung des Direktionsapparates, eine die Ausführung begünstigende Wirtschaftspolitik, die Förderung des Wohnungsbaues und eine großzügige innere Kolonisation, insbesondere in den großen Gebieten östlich der Elbe zu verlangen.

Als sofortige Hilfe muß gefordert werden: Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, sofortige Einbeschleunigung aller Angestellten, auch der nichtfrankensicherungsaffilierten, in die Erwerbslosenunterstützung, Wiedereinführung der Kurzarbeit, Einrichtung von Schreibstuben, Kündigungsschutz für ältere Angestellte und nach längerer Beschäftigung Entlassung nur dann, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Der Redner weist am Schluß seiner Ausführungen darauf hin, daß Staat und Gesellschaft die sittliche Pflicht haben, größte Opfer zu bringen. Eigentum verpflichtet. Verkenne man die schwere Zeit, so besteht die Gefahr, daß Hunderttausende den Glauben an den Staat verlieren und zur absoluten Verzweiflung getrieben werden.

Das 1 1/2stündige Referat fand einmütigen Beifall. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen der Ausführungen des Referenten, jedoch letzterer sich im Schlußwort auf die Beantwortung einzelner Anfragen beschränken konnte. Mit dem Dank an den Referenten für seine aufklärenden Worte und der Anforderung, im Sinne derselben zu wirken, schloß der Vorsitzende Kol. Kempff die sehr gut verlaufene Versammlung.

verständnis, daß die für die Veranstaltung verantwortlichen Herren, die von dieser unmöglichen Geldmarktsituation keine Ahnung hatten und nicht daran denken konnten, daß eine solche Annahme erfolge, empört waren. Der Mitarbeiter der „Krautwurz Zeitung“, der Gründungsmitglied des Vereines ist, stellte diese Tatsache in seinem Brief mit 11 Zeilen dar. Er stellte diese Tatsache in seinem Brief mit 11 Zeilen dar. Er stellte diese Tatsache in seinem Brief mit 11 Zeilen dar. Er stellte diese Tatsache in seinem Brief mit 11 Zeilen dar.

Abgesehen davon, daß der Ausschluß nach den Statuten des Vereines unannehmlich ist, hat also der Vorstand des Vereines für Luftfahrt am Bodensee mit diesem Schreiben die Verantwortung für den reaktionären Vorstoß des Vorsitzenden v. Rebenner übernommen. — Nach den Statuten des eingetragenen Vereines kann ein Ausschluß erfolgen, wenn sich ein Mitglied eines „unehrenhaften Benehmens“ schuldig macht. Eine Anfrage dahin, ob in der Veröffentlichung, die sich gegen einen politischen Akt des derzeitigen Vorsitzenden richtet, ein unehrenhaftes Benehmen festzustellen würde, wurde trotz zweimaliger besterter Aufforderung nicht beantwortet.

Die ganze Zeit, das ist keine Frage, fand doch nur statt, um das deutsche Volk zur Zeichnung der neuen Juppelfeier zu ermuntern. Ohne Willen der Stadt Konstanz wurde diese Feiertag in der Geburtsstadt des Grafen monarchistisch beeinflusst. Und der Verein für Luftfahrt am Bodensee bzw. dessen Vorstand, der diese reaktionäre Schminke. Wenn es nun darauf ankäme, aus diesem Fall auf die Gewinnung aller Vereine, welche der Förderung des deutschen Luftfahrwesens dienen, zu schließen, so wäre der Weg nicht weit. Es ist zu hoffen, daß dem nicht so ist. — Ganz unangebracht aber ist die Unterzeichnung des bei der J. Werte bedienten Hans von Schiller. Während in ganz Deutschland auch bei Arbeitern dafür gesammelt wird, Mittel aufzubringen, um die J. Werte und ihre Angestellten zu halten (also ihnen Gehalt zahlen zu können), entpuppt sich hier ganz unangenehm ein Angestellter der J. Werte in monarchistischem Sinne. Hans v. Schiller nimmt seinen leitenden Posten ein, um darauf Rückschlüsse auf die Verflechtung aufbauen zu können. Das aber muß doch gesagt sein, daß sich in seinem Gehalt, den er künftig aus dem neuen Mittel bezieht, auch Großen der Arbeiter und Republikaner befinden.

Die Herren von Konstanz konnten wohl einen monarchistischen Kranz niederlegen; an der Sammlung auszusparen der Spende aber haben sich nur Schiller beteiligt. Und das Resultat war in diesem Falle in Konstanz verdienstlos. Der monarchistische Kranz lag wochenlang ganz unangebracht. — Der republikanische hat sich daran vergriffen. Was in Konstanz von Karben der Republik leider nicht gesagt werden kann. Unannehmlich aber ist, daß der Stadtrat oder die für die Feiertag verantwortlichen Personen den in aller Öffentlichkeit aber doch monarchisch niedergelegten Kranz nicht hat entfernen lassen.

Mit diesem Fall ist der Beweis erbracht, in welchen Vereinen neutraler und unpolitischer Namen monarchistische Gewinnung und die Reaktion gepflegt wird — durch Pensionäre der Republik. Das ist auch Lehner und zudem besetzter Angestellter einer Luftverkehrs-Gesellschaft.

### Markt und Handel

Konstanz. Ueber das Vermögen der Wilhelm Werle Witwe in Eßlingen wurde am 9. Dezember das Konkursverfahren eröffnet. Desgleichen über das Vermögen der Otto Kraft Ehefrau in Eßlingen.

### Für Weihnachten

## Riempp-Weine

in nur gutgepflegter Qualität! 6777 Christian Riempp, Weinkellerleien, Karlsruhe, Tel. 168, 169











